

Idsteiner Zeitung

und Anzeigblatt.

Verlag des Verlegers Adolph Idstein und der Stadt Idstein

Er erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag & Samstag
Inserate:
Die kleine Seite 20 Hg
Die große Seite 30 Hg.

Mit der wöchentlichen erscheinenden Beilage:
Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion: Friedr. Idstein Idstein
Verlag: Georg Brandt Idstein.

Preis 10 Pf.
monatlich 30 Pf. mit Beilage
Durch die Post bezogen
vierteljährlich 1 Mark 30 Pf.
Jährlich 4 Mark 30 Pf.

№ 4.

Dienstag, den 8. Januar

1918.

Brest-Litowsk.

Eine Feststellung der Vierbundsmächte.

Brest-Litowsk, 6. Jan. (B. B.) Gestern abend ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgehandelt worden:

An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Doffe in Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Gezeichnet: Der Vorsitzende der verbündeten Delegationen:

von Kühlmann für Deutschland,
Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn,
Popow für Bulgarien,
Nessim Bey für die Türkei.

Eine Erklärung des Grafen Hertling im Hauptausschuß.

Berlin, 4. Jan. (B. B.) Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute vormittag 10 Uhr zu einer neuen Beratung zusammen.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Graf Westarp über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Herrschaft Idstein und die Reformation.

Beitrag zur Kreisynode 1917

von A. Maurer, Pfarrer zu Hestrich.
(Fortsetzung.)

Wir wissen noch nicht einmal genau, welche Ausdehnung die Reformation in Wiesbaden-Idstein bis zum Jahre 1543 genommen hat. Ich nenne absichtlich das Jahr 1543, weil dieses für die Durchführung der Reformation gerade im Idsteiner Gebiet von großer Bedeutung ist. In diesem Jahre vermählte sich nämlich Adolf, Philipps zweiter Sohn, mit der Witwe des Markgrafen von Baden, Franziska von Luxemburg. Diese war, wie ihr erster Gemahl, evangelisch und der lutherischen Lehre äußerst freundlich gesinnt. Adolf nahm mit seiner Gemahlin Residenz in Idstein und sofort wurde hier ein evangelischer Hosprediger in Martinus von Alm angestellt, desgleichen auch ein evangelischer Stadtpfarrer in Mathias Beck aus Dausenau, der aber ganz kurze Zeit später nach Wiesbaden übersiedelte. Sie übte auch großen Einfluß auf ihren Schwiegervater Philipp aus, so daß dieser sich entschloß, in dem Wiesbadener Gebiet eine Reihe evangelischer Prediger anzustellen, so vor allem in Erbenheim den später stark hervortretenden Nikolaus Gompe aus Raental. Es ist selbstverständlich, daß durch diese Maßnahmen der katholische Klerus immer mehr zurückgedrängt wurde und an Einfluß verlor. Auch scheint

Im Anschluß an seine Ausführungen ergriff Reichskanzler Dr. Graf von Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen: Der Herr Vorredner hatte die Güte, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte sagte, daß was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint eingetreten zu sein. Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt die Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß die Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt worden sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Mächte der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns dort neuen Boden gewinnen würden. Ich habe daher den Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.) Inzwischen sind in Brest-Litowsk die Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln. Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme von

Philipp in dieser Zeit mit offenen Augen die Zustände in der katholischen Kirche betrachtet zu haben, denn die verwahrlosten sittlichen Zustände im Jungfrauenkloster zu Affolterbach veranlaßten ihn 1544, dieses aufzuheben und es mit dem Kloster Walsdorf zu vereinigen.

Doch nun war vorläufig die günstige Zeit für die Ausbreitung und Stärkung der neuen Lehre vorbei. Die Gegenreformation erhob drohend ihr Haupt, an deren Spitze sich der Kaiser selber stellte. Die außerpolitischen Händel, welche ihm keine Zeit für die innere Politik gelassen hatten, brachte er zum Abschluß, um sein Plan ausführen zu können, der in der Unterdrückung der Protestanten gipfelte. Er war entschlossen, wenn es nicht anders gehen sollte, die Einheit des katholischen Glaubens durch das Schwert wieder herzustellen. Da sich, wie vorausgesehen war, die Protestanten nicht gutwillig unterwarfen, so zog Kaiser Karl das Schwert, und es entbrannte der sogenannte Schmalkaldische Krieg im Jahre 1546, in dem auch das Gebiet Philipps mit den kaiserlichen Truppen Bekanntschaft machen mußte. Vielleicht ist gerade deshalb Graf Maximilian von Büren mit kaiserlichen Truppen in die Hauptstadt Philipps eingezogen, weil dieser neutral geblieben und nicht rückhaltlos auf die Seite des Kaisers getreten war. Die kaiserlichen Soldaten ließen sich viele Ausschreitungen und harte Bedrückungen zu Schulden kommen, da sie nach dem Grundsatze handelten: „Der Krieg muß den Krieg ernähren.“ Ob aber auch der große Brand von Wiesbaden am 25. April 1547 auf

Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, (unterstellt) daß in diesem Punkte 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoquenter Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Rechtsstellung, auf unsere logische Gefinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo.)

Der Ausschuß vertagte sich nach diesen Erklärungen, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich über die Situation zu beraten.

Der abgelehnte Vorschlag.

Brest-Litowsk, 4. Jan. (B. B.) Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. Mts. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundsmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der unter Berufung auf den Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegationen der Vierbundsmächte an Herrn Doffe am 4. d. Mts. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend vereinbart worden sei, die Verhandlungen am 5. Januar in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Troški und die russische Delegation.

Au Berlin, 5. Jan. Wie der Unterstaatssekretär von der Busche in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages mitteilte, ist gestern Abend ein Telegramm aus Petersburg eingetroffen, worin es heißt, die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stande der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegation am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Troški, morgen nach Brest-Litowsk fahren, in der Überzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet keine Schwierigkeiten machen wird.

eine böswillige Handlung Kaiserlicher zurückzuführen ist, ist bis jetzt noch nicht klar gestellt. In einem Briefe Philipps vom 27. November 1562 an den Kaiser, der sich im Stadtschatz in Frankfurt befindet, heißt es nur, daß die „Stat Wilsbaden durch böse Leute mit an vielen Orten angelegtem Feuer angezündet worden ist.“ Mehrere Geschichtsschreiber sind der Ansicht, diese bösen Leute seien Landstreicher und nichisnütziges Gesindel gewesen, die sich vor den kaiserlichen Truppen in den Schutz fester Ortschaften geflüchtet hätten; andere dagegen erklären, Philipp habe mit ihnen doch die kaiserlichen Truppen gemeint, aber er habe sich nur deshalb so unklar und so vorsichtig ausgedrückt, weil er den Kaiser nicht habe verstimmen wollen, denn der hatte ihm die bei dem Brande vernichteten Urkunden über Privilegien neu ausfertigen sollen. Sowie aber steht fest, daß die kaiserlichen Truppen im Nassauer Gebiete damals böse gehandelt haben, und daß man froh war, wie sie nach einigen Monaten wieder abzogen, um den Kaiser in anderen Landstrichen bei seinen kriegerischen Unternehmungen zu unterstützen. Nach dem Siege über den protestantischen Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen auf der Lohrauer Heide bei Mühlberg an der Elbe am 24. April 1547, bei dem der Kurfürst gefangen genommen wurde, und nach der Unterwerfung des Landgrafen Philipp von Hessen, der gefangen gesetzt und mit äußerster Strenge behandelt wurde, ließ der Kaiser die Protestanten seine ganze Macht fühlen, wozu ihn besonders das Augsburger Interim vom 15. Mai 1548 die gesetzliche

Innerpolitisches.

Im Berlin, 5. Jan. (B. Z. a. M.) Die auf heute vormittag um 10 Uhr angeordnete Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wurde auf 12 1/2 Uhr verschoben, weil die Fraktionsführer um 10 1/2 von Staatssekretär Graf Hödorn, Herrn von Paper und dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes v. d. Busche empfangen wurden. In dieser Besprechung hat Graf Hödorn den Abgeordneten die Erklärung mitgeteilt, die er im Hauptausschuss gegeben wollte. Nach der Besprechung mit dem Grafen Hödorn fand eine interfraktionelle Konferenz statt. Die gestern abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen hatten das Ergebnis, daß die Vertreter der Mehrheitsparteien, einschließlich der Nationalliberalen, sich zu den Erklärungen des Reichskanzlers zustimmend äußerten. Die hier und da in der Presse auftauchende Nachricht über neue Parteizwänge, welche den Zwischenfall von Brest-Litowsk zur Folge gehabt hätten, sind bisher unzutreffend.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Im Berlin, 6. Jan. Ueber die Regierungsauffassung hinsichtlich der Beilegung der deutsch-russischen Differenz in der Frage des Selbstbestimmungsrechts für die Ostgebiete erhält die „B. Z.“ von eingeweihter Seite Mitteilungen, denen zu entnehmen ist: Der Reichskanzler hält nach den Abgeordneten inzwischen gegebenen Aufklärungen nach wie vor fest an der völlig lokalen Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, denen in den besetzten Gebieten die volle Freiheit der Abstimmung gewährt werden soll. Die Abstimmung kann und braucht erst stattzufinden, nachdem die Gebiete von unseren Truppen geräumt sind. Voraussetzung für die Räumung durch unsere Truppen ist allerdings die vorhergehende Demobilisation der russischen Armee. Es ist also die Darstellung unrichtig, daß die Volksabstimmung unter dem Druck der deutschen Waffen erfolgen soll.

Ukrainische Besprechungen in Brest-Litowsk.

Im Berlin, 6. Jan. Freitag und Samstag fanden in Brest-Litowsk unverbindliche Besprechungen mit der Ukrainer Abordnung statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen. (B. Z.)

Die Veröffentlichung der Brest-Litowsker Verhandlungen.

Im Berlin, 6. Jan. Zu dem Zwischenfall von Brest-Litowsk schreibt der „Lokal Anzeiger“: Sind sonach tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und Parlament wenig wahrscheinlich, so dürfte es vermutlich zu einer lebhafteren Aussprache über das Angelegnis kommen, das in der Veröffentlichung über die Brest-Litowsker Verhandlungen vom 28. Dezember betätigt worden ist. Die lüdenhafte Veröffentlichung in der deutschen Presse wird umso weniger verstanden, als ja vorauszu sehen war, daß die Bolschewiki ihrerseits zu einer vollständigen Veröffentlichung des Protokolls schreiten würden. Besonders besorgt man sich darüber, daß diese Geheimtuererei, die allein den Anschein einer lokalen Haltung der Reichsleitung hervorgerufen hat, auch den Fraktionsführern gegenüber beobachtet worden ist.

Die deutsche Delegation in Petersburg.

Im Genf, 6. Jan. Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ meldet: Graf Mirbach wurde von Trotski empfangen. Die Unter-

Handhabe bot. Das Interim gestattete nämlich den Protestanten wohl den Laieneid und die Priesterweihe, aber es verlangte von ihnen die Anerkennung der Siebenzahl der Sakramente, ganz besonders wurde auf Annahme der Transsubstantiationslehre gedrungen; ferner forderte es das Fasten, die Anrufung der Mutter Gottes und der Heiligen, die Unterwerfung unter die geistliche Gerichtsbarkeit, die Wiedereinführung aller Zeremonien des katholischen Gottesdienstes und der Prozessionen.

Während dieser Kriegswirren und der Bedrohung der protestantischen Lehre durch den Kaiser selber hatte aber trotzdem die evangelische Bewegung im Nassauischen Fortschritte gemacht. Es ging zwar langsam, aber immerhin zeigte es sich, daß Philipp der evangelischen Entwicklung nicht entgegentrat. Im Jahre 1546 wäre ihm wohl eine Gelegenheit geboten gewesen, in Idstein die Reformation durchzuführen, denn das Stichtahlte damals nur noch drei Mitglieder, und es wäre ihm ein Leichtes gewesen, es völlig aufzuheben, aber er konnte sich nicht dazu verstehen, sondern er übertrug wiederum die Leitung des Stichtes einem katholischen Priester. Demgegenüber ließ er es aber auch zu, daß von nun an in der Stichtkirche eine Woche um die andere lutherischer Gottesdienst gehalten werden durfte. Auch verbot er den Katholiken in Idstein für Fronleichnam 1546 und für die Kreuzwoche 1547 alle öffentlichen Prozessionen. Dann aber ist bei Philipp wieder eine Sinnesänderung zu bemerken. Die Siege des Kaisers über die Protestanten machten Eindruck auf ihn, und er neigte

wieder nach der katholischen Seite hin, um den Kaiser nicht zu reizen, das zeigte sich deutlich bei der Besetzung der Pfarrstelle von Schierstein. Dort hatte einige Jahre ein evangelischer Pfarrer Michael von Echernach gewirkt, und als der die Stelle verließ, um in das Kurpfälzische zu gehen, machte das Kloster Bleidenstadt sein Besetzungsrecht geltend. Trotz des beständigen Einspruches der Schiersteiner, der Philipp deutlich zeigte, wach' festen Boden das Evangelium im Volke gewonnen hatte, ließ er doch die Besetzung mit einem katholischen Priester zu. Am 3. Oktober 1548 ließ er gemeinsam mit den Wetterauer Grafen einen Brief an den Kaiser abgehen, in dem er mitteilte, daß er das Interim veröffentlichen lassen wolle, und brühte die Hoffnung aus, daß seine Untertanen sich gehorsam zeigen würden. Die Erklärung fand nicht den Beifall des Kaisers, denn in einem Schreiben vom 12. Oktober machte er darauf aufmerksam, daß die Grafen und Fürsten für die Rückkehr ihrer Untertanen zur alten Kirche für die Durchführung des Interims zu sorgen hätten und ihm dafür verantwortlich seien. Dieser scharfen Zurechtweisung glaubte Philipp nachkommen zu müssen und in seiner bedenklischen Art nahm er das Interim an und befahl den Pfarrern und der neuen Richtung, sich strengstens danach zu halten.

Da aber zeigte es sich, daß er die Rechnung ohne das evangelische Bewußtsein der protestantischen Pfarrer gemacht hatte, und daß diese den kaiserlichen Befehlen gegenüber mehr Rückgrat besaßen als der Landesherr selbst. Eine große

redung dauerte 2 Stunden. Einem Vertreter des „Dien“ antwortete Graf Kayserling auf die Frage, ob Deutschland keine Furcht um die in den russischen Banken liegenden Kapitalien habe: Kein Deutscher wird auch nur einen Pfennig verlieren. (Morgenpost.)

Bern 7. Brest-Litowsk.

Im Schweizer Anzeiger, 6. Jan. Die „Times“ erfahren aus Petersburg, dort gehe ein Gerücht, wonach die russischen Vertreter als Ort für die Friedensverhandlungen Bern vorgeschlagen haben. (Berl. Tgbl.)

Großes Hauptquartier, 5. Januar.

(B. Z. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front, östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen der Scarpe und Somme, sowie in der Gegend von Avocourt und St. Quentin entwickelten sich zeitweilig lebhafteste Feuerkämpfe.

An der übrigen Front war die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt. Ostlich von Bullecourt hatte eine gewalttätige Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Der erste Generalquartiermeister:

Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 6. Januar.

(B. Z. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feuerbetätigkeit blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgesuchen.

Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Juvin-court und nordöstlich von Avocourt brachten eigene nach Feuertorbereitung durchgeführte Unternehmungen, ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein. Im Walde von Billy versuchten die Franzosen zweimal, den Feind in unsere Schützengruben einzubringen.

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballons abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Brenta, im Lombagebiet und am Montello zeitweilig Artilleriekampf.

Der erste Generalquartiermeister:

Ludendorff.

36 000 Tonnen.

Berlin, 7. Jan. (B. Z. B. Amtlich.) Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterseeboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Piombino wirkungsvoll beschossen.

36 000 Tonnen.

Berlin, 7. Jan. (B. Z. B. Amtlich.) Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterseeboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Piombino wirkungsvoll beschossen.

36 000 Tonnen.

Berlin, 7. Jan. (B. Z. B. Amtlich.) Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterseeboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Piombino wirkungsvoll beschossen.

36 000 Tonnen.

Schneidigen U-Bootangriffen sind im westlichen Mittelmeer leiblich 8 Dampfer und drei mit rund 36 000 Bruttoregistertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, fuhren sämtlich in art gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien. Er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen empfindlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der Reichskanzler über die Lage.

Berlin, 7. Jan. (B. Z. B.) Der „Lokal Anzeiger“ meldet: Der Reichskanzler empfing im Laufe des Sonntags eine Reihe von Parteiführern, denen er ein durchaus beruhigendes Bild unserer gegenwärtigen militärischen und politischen Lage zu geben in der Lage war. Auch Persönlichkeitsfragen wurden in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zur Beunruhigung als beseitigt angesehen werden kann.

Ludendorff.

Berlin, 6. Jan. (B. Z. B. Amtlich.) Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Der polnische Regentenschaftsrat in Berlin.

Im Posen, 6. Jan. Die Mitglieder des polnischen Regentenschaftsrates reisen heute von Warschau nach Berlin. (Berl. Tgbl.)

Anerkennung der Bolschewiki-Regierung durch die Entente?

Haag, 4. Jan. Reuter meldet aus London: „Daily Chronicle“ und „Daily News“ fordern, daß die Alliierten die russische Regierung anerkennen. „Daily Chronicle“ meldet weiter: Wie verlautet, ist es möglich, daß die Westmächte infolge des Verlaufes der Verhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten die Regierung Lenins dennoch tatsächlich anerkennen werden. Demnachst wird eine Darlegung der Politik der Alliierten in demokratischem Sinne abgehandelt werden. Es ist möglich, daß auch der neue russische Botschafter in London, Litwinow, anerkannt werde.

Der englische Botschafter Buchanan wird durch einen Diplomaten ersetzt werden, der mit dem Ideengang des revolutionären Rußland übereinstimmt. Die „Times“ erklärt, Buchanan habe Urlaub erhalten, weil seine Gesundheit erschüttert sei. Es sei unwahrscheinlich, daß jetzt bereits ein Nachfolger ernannt werde. Wenn jedoch die Ereignisse in Petersburg es wünschenswert erscheinen ließen, die Botschaft in Petersburg aufrecht zu erhalten, so werde sie unter Leitung eines Geschäftsträgers gestellt werden.

Die Ententetaktik gegenüber Rußland.

Im Genf, 6. Jan. „Petit Parisien“ und die anderen Regierungsorgane betonen, die Taktik der Entente sei derzeit weder für noch gegen die Maximalisten Stellung zu nehmen, bis es klar gestellt sei, ob Trotski Protestreden das entsprechende Echo im Heere fänden. Den Verhandlungen der Mittelmächte mit der Ukraine müsse man andauernde Aufmerksamkeit zuwenden. Trotski Antwort an die französischen Sozialisten.

Anzahl Pfarrer, unter Führung des Erdenheimers Nikolaus Gomppe verfaßten ein Gutachten, in dem sie darlegten, daß das Gesetz Forderungen an sie stelle, die sie um des Gewissenwillen nicht erfüllen könnten. Als unannehmbar bezeichneten sie die Beobachtung der sogenannten kanonischen Stunden, den Gebrauch der lateinischen Sprache bei der Messe und den anderen Sakramenten, die Auserlegung guter Werke zur Erlassung von Sündenstrafen, die letzte Delung, die Weihe von allen möglichen Gegenständen, wie sie in der alten Kirche noch üblich sei: Wasser, Salz, Kräuter, Kerzen ufo. Ebenso lehnten sie die Prozessionen ab. Sie empfahlen ihre Ansicht einer gnädigen Aufnahme bei den Grafen, für den Ablehnungsfall baten sie um die Genehmigung freien Abzuges mit Weib und Kind.

Man hätte meinen sollen, diese Standhaftigkeit und Charakterfestigkeit hätte auf den Grafen einen tiefen Eindruck gemacht, aber es war nur so seine Art, sich in seinen Handlungen mehr von der Furcht als der Ehrfurcht leiten zu lassen. Philipp fürchtete den Grimm des Kaisers und fürchtete auch für sich und sein Land von der Macht der Erzbischöfe von Mainz und Trier, welche von dem Rechte der geistlichen Gerichtsbarkeit auf einmal wieder ausgiebigen Gebrauch in ihren Sprengeln machten.

(Fortsetzung folgt.)

listen enthält bittere Vorwürfe wegen des unzureichenden Widerstandes, den sie gegen den blinden Chauvinismus der derzeitigen französischen Regierung leisteten. (Lof. Anz.)

Frankreichs Besetzung.

El Basel, 5. Jan. (B. Z. a. M.) Der Pariser Korrespondent der Baseler Nachrichten schreibt: man sei in Paris überzeugt, daß wenn der Frieden von Brest-Litowsk ein allgemeiner werden würde, er die deutsche Hegemonie nicht bloß über Europa, sondern auch über den ganzen Erdteil ausdehnen würde. Es käme dies einer Abdankung der Entente gleich. Diese lähe aber keinen Grund, ihren eigenen Fall zu unterzeichnen, und sie sei entschlossen, den Krieg weiterzuführen.

Fortdauernder Bürgerkrieg im Innern Rußlands.

El Haag, 6. Jan. Die „Times“ meldet aus Petersburg: Der Bürgerkrieg wütet in Südrußland fort, obwohl Kaledin einen Waffenstillstand vorgeschlagen haben soll, falls die Bolschewiki die schwebenden Streitfragen durch eine Schiedsunterkommission untersuchen lassen und die konstituierende Versammlung sofort einberufen würden. Von anderer Seite wird berichtet, daß eine Uebereinkunft zwischen den Donkosaken und der Ukraine zur gegenseitigen Hilfeleistung zustande gekommen war. Zwischen Bolschewiki und Kadetten ist bei der Station Nikolewskaja ein wütender Kampf ausgebrochen, und bei Brailow und Gorasschin haben die Bolschewiki eine Niederlage erlitten. Bei Dekaterinoslaw dauert der Kampf schon 5 Tage. (Lof. Anz.)

Englands Mannschaftsverluste.

Amsterdam, 4. Jan. Im Unterhaus teilte Dogge mit, daß die englischen Verluste im Jahre 1917 mit Einschluß der Schlacht von Cambrai 850 000 Mann betragen haben. Seit Kriegsbeginn mehr als 2 Millionen, darunter mindestens dreiviertel Millionen Tote.

Lloyd George in Lissabon.

El Amsterdam, 6. Jan. Einer Havasdepesche zufolge ist Lloyd George in Lissabon eingetroffen. (Wof. Ztg.)

Kolalnachrichten.

Idstein, den 7. Januar 1918

— O weh, Rodelsport! Die kgl. Eisenbahndirektion macht heute bekannt, daß Winter-sportgeräte (Schneeschuhe, Rodelschlitzen etc.) in die Züge als Handgepäck nicht mehr mitgenommen, auch nicht mehr als Reisegepäck oder Expressgepäck ausgegeben werden dürfen. — Ueber Nacht ist nun auch Taumetter eingetroffen, so daß dem Schlittensfahren schon von selbst — vorläufig wenigstens — ein Ende bereitet wurde.

— Am Auroffer Berg verunglückte gestern Fr. Heinz von hier beim Schlittensfahren, indem sie sich einen Knöchelbruch zuzog.

— Aufträge für Schreiner und Tapezierer. Die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute, sowie die Dedung des Bedarfs an Möbeln überhaupt bringen jetzt und später in erhöhtem Maße Aufträge für Schreiner und Tapezierer. Dieses Gebiet soll dem Handwerk dauernd gesichert und zu diesem Zwecke müssen dessen Räfte organisiert werden. Zunächst ist es nötig, zu wissen, welches Material und welche Betriebe für die Ausführung der Aufträge zur Verfügung stehen. Um dies festzustellen und zu beraten, wie die Sache am besten einzurichten ist, findet am Dienstag, den 8. Januar 1918, nachmittags 3 Uhr, im Fürstenhof (Carlton-Hotel), Bahnhofplatz zu Frankfurt a. M., und am Donnerstag, den 10. Januar, nachmittags 3½ Uhr in der Wartburg zu Wiesbaden, Schwalbacherstraße 51, eine Besprechung statt, zu welcher alle selbständigen Schreiner und Tapezierer eingeladen werden.

An der Versammlung in Frankfurt a. M. nehmen zweckmäßig diejenigen aus den Kreisen Frankfurt, Höchst a. M., Obertaunus und Uffingen teil, während diejenigen aus den Kreisen Wiesbaden Stadt und Land, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen am besten der Versammlung in Wiesbaden beiwohnen.

Bei der Wichtigkeit der Sache rechnen wir auf zahlreiche Beteiligung. Die Handwerkskammer Wiesbaden.

Aus nah und fern.

h Vom Feldberg, 6. Jan. Zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte Gründung des Taunusklub fand heute mittag im Kapitalsaal des Feldbergturmes eine zahlreiche von den einzelnen Ortsgruppen besuchte Gedächtnisfeier statt.

h Höchst a. M., 6. Jan. Eine auswärtige Bauersfrau verkaufte auf dem letzten Wochenmarkt einen größeren Vorrat vorzüglicher Äpfel für 30 $\frac{1}{2}$ das Pfund. Der „weiße Rabe“ hatte seine Ware im Handumdrehen an den Mann gebracht.

Höchst a. M., 5. Jan. Der Leiter der Höchster Barbwerke, Justizrat Dr. Dausser, ist zum

Geheimen Regierungsrat und durch königl. Kabinetsorder zum Ehrenmitglied des königl. Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. ernannt worden.

h Griesheim, 6. Jan. Die Gemeindevorsetzung sprach sich grundsätzlich für eine Eingemeindung mit Frankfurt a. M. aus und billigte die von dem Eingemeindungsausschuß aufgestellten Bedingungen gegenüber Frankfurt. Griesheim fordert u. a.: Erbauung einer Mittelschule und einer Gewerbeschule, sofort in Bau einer elektrischen Straßenbahn und einer direkten Straße von Frankfurt nach Griesheim, dem Ausbau der Werstanlagen am Main, Uebernahme aller Gemeindebeamten in den Frankfurter Verwaltungsdienst und Errichtung eines besonderen Verwaltungsgebäudes für den zukünftigen Stadtbezirk Griesheim. — Was die Eingemeindung der Nachbarorte Nied und Schwanheim zu Frankfurt betrifft, so haben diese Gemeinden noch keine grundsätzliche Stellung genommen. In Nied wünschen die Landwirte die Eingemeindung mit Höchst, während die übrige Bürgerschaft Frankfurt zuneigt. Schwanheim verhält sich abwartend.

h Kellertbach, 6. Jan. Das hiesige Rathaus wurde in der Nacht zum Samstag von Einbrechern heimgesucht, die nach gewaltsamer Öffnung einer Anzahl Türen und Fenster in die Dienstkammer eindringen, hier alle Tische und Stühle erbrachen und daraus mehrere Hundert Mark bares Geld und Brotmarken stahlen. Die Diebe scheinen jener Einbrecherbande anzugehören, die seit Wochen planmäßig die Bürgermeistereien in der Umgebung Darmstadt ausplündert.

h Frankfurt a. M., 6. Jan. Zur Bekämpfung der Preistreiberien auf dem Weinmarkt hat sich die Stadtverwaltung mit einer Eingabe an die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes in Berlin gewendet und um Ergreifung gesetzlicher Maßnahmen ersucht. Die Stadt hat bei hiesigen Weinhändlern und Weinwirten bereits eingehende Prüfungen der Weinpreise durch Bücher- und Betriebseinsichten und Einziehung der Einkaufsrechnungen bei den Wirten vorgenommen.

Frankfurt, 4. Jan. Das Geständnis des Mörders. Der „Berliner Lokal Anzeiger“ meldet aus Basel unter der Spitzmarke „Selbstbegehung eines Verbrechens“: Ein in Basel wegen Diebstahls verurteilter Tagelöhner Karl Wilhelm Suter von Oberberg (Kanton Schwyz) hat dem Vorsteher des Polizeidepartements ein umfassendes Geständnis abgelegt und sich als den Täter der beiden in Frankfurt an einer Schaffnersfrau und in Zürich begangenen Lustmorde bezeichnet, außerdem weitere Verbrechen, Einbrüche und Diebstähle. Es ist keine Frage, daß es sich in dieser Meldung um den von hier aus verfolgten Suter und in der Schaffnersfrau um die Schaffnerin Weigel handelt. Bei der hiesigen Polizei ist nach dem „S. A.“ eine Bestätigung dieser Meldung noch nicht eingetroffen. Neu wäre auch, daß Suter noch ein zweiter Lustmord in der Schweiz zur Last fällt.

h Frankfurt a. M., 6. Jan. Die Polizei verhaftete Freitag nacht in einer Wirtschaft der Fahrgasse den Mörder des vor einer Woche erschossenen Schuhmannes Georg Ertl. Es ist der 18jährige Schlosser Johann Georg Bedfuß aus Lohr a. M. Dieser hatte in der Mordnacht gemeinsam mit dem 17jährigen Schlosser Wilhelm Kappes aus Klein-Heubach mehrere Einbrüche verübt. Aus Klein-Heubach des Diebstahles wurden die beiden jugendlichen Verbrecher von Ertl angehalten. Hierbei schoß Bedfuß, der in vollem Umfange geständig ist, den Beamten nieder.

St. Goarshausen, 2. Jan. In der Nacht zum 29. Dezember mieteten sich in einem hiesigen Hotel zwei Soldaten, ein Unteroffizier und ein Gemeiner, in selbstgrauer Uniform ein. Der Unteroffizier trug gelbe Samakchen; beide hatten sogenannte Offizierskoffer. Am nächsten Tage in aller Frühe sind beide unter Mitnahme von Bettwäsche, Steppdecken, Tischdecken usw. verschwinden. Zweifelloß hat man es mit umherziehenden Hoteldieben zu tun, welche die Uniform unberechtigt tragen.

Gelnhausen, 4. Jan. In Gettenbach wurde ein Wildiebsunterchlupf ausgehoben. Außer zwei Militärgewehren wurde eine größere Menge Munition und eine Hirschkeule beschlagnahmt.

Darmstadt, 4. Jan. Das Kupferdach der russischen Kapelle in Darmstadt, dessen Inanspruchnahme zu Kriegszwecken der Gegenstand wiederholter Interpellationen des Landtagsabgeordneten Reß gewesen ist, wird jetzt, nachdem der Reichstagsabgeordnete Kopsch eine Anfrage im Reichstag eingebracht hat, auf Veranlassung der zuständigen Reichsinstanz in Berlin der Beschlagnahme verfallen.

h Schaffenburg, 6. Jan. Der weitbekannte Klavierfabrikant Wilhelm Arnold hat sich in einem Anfall geistiger Unmachtung in seiner Fabrik erschossen.

Karlsruhe, 4. Jan. (W. B.) Beabsichtigte Fliegerangriffe in der vergangenen Nacht auf Mannheim, Rastatt und Freiburg scheiterten in unserem Abwehrfeuer. Einige abgeworfene Bomben verursachten keinen oder nur ganz unbedeutlichen Schaden.

Karlsruhe, 5. Jan. (W. B.) Zu den Fliegerangriffen wird noch ergänzend gemeldet: ein feindliches Flugzeug wurde südlich von Mannheim-Ludwigshafen rennend ab. Die Insassen sind tot.

Konstanz, 4. Jan. Infolge des starken Frostes ist der ganze Untersee zugefroren, bei Friedrichshafen auch eine Straße des Obersees.

El Osnabrück, 6. Jan. Den im hiesigen Offiziersgefangenenlager befindlichen russischen Offizieren ist von jetzt an der Besuch des Stadttheaters gestattet worden.

h Auch ein „Heiratsgeschick“. Frau Stein in Wehlar gibt folgendes „Heiratsgeschick“ im „Main-Riddaboten“ öffentlich bekannt: „Ich bin 5 Jahre mit meinem Manne Heinrich Stein verheiratet, lebe in glücklicher Ehe und lasse mir von der Elisabeth Kohler, Nödelheimer Landstraße 145 (Frankfurt a. M.) mein Glück nicht zerstören. Da sie andauernd meinen Mann belästigt und ihn zwingen will, sich von mir scheiden zu lassen, um sie zu heiraten, bitte ich einen heiratslustigen Herrn, sich zu melden anstelle meines Mannes, damit die endlich unter die Haube kommt. Frau S. Stein, Wehlar, und 4 Kinder.“

Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 7. Januar.
(W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Stellungsbogen östlich von Ypern und im einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe.

Auch zwischen der Meuse und der Aisne, beiderseits von Ornes und auf dem Westufer des Mosel war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert.

Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Vordere der Stellungen beschränkt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Ragedonische Front

und

Italienischen Front

Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Letzte Meldungen.

El Basel, 7. Jan. (Ziff. Ztg.) Nach des neuen Korrespondenz aus Petersburg verlautet, daß Trotzki am Donnerstag der Pforte eine Note übermittelte, in der er vorschlägt, über die Zurückziehung der russischen Truppen aus Persien Verhandlungen anzuknüpfen unter der Bedingung, daß dieses Beispiel auch von der Türkei befolgt werde.

El Lugano, 7. Jan. Beim Empfang eines Abordnung des römischen Adels und Patriats hielt der Papst eine Ansprache, die nicht ohne politische Bedeutung ist. Er habe dieses Jahr aus einem besonderen Grunde die Glückwünsche der Delegation besonders gern entgegengenommen, da Fürst Bologna als ihr Sprecher die päpstliche Einladung an die Völker erwähnte, zu Gott zurückzukehren und das Ende des seit über drei Jahre wütenden Weltunglückes zu beschleunigen. Dann ging der Papst auf eine Ausspielungen ein, die Fürst Bologna über die jüngsten Fliegerangriffe auf Padua und andere italienische Städte gemacht hatte und sagte, es werde das Unrecht verurteilt, wo immer es auch aufträte und er habe deshalb seine Stimme gegen eine Form der Kriegführung erhoben, die sich gegen unverteidigte Städte richte, keine militärischen Ergebnisse erziele, Opfer unter den Nichtkämpfenden erfordere, den Besitz der Religion und der Kunst schädige und den Völkern immer mehr verschärfe.

El Budapest, 7. Jan. Der schon längere Zeit andauernde Papiermangel der hiesigen Zeitungen hat solchen Umfang angenommen, daß laut Ankündigung der Blätter, ihr Erscheinen nur noch für einen einzigen Tag gesichert erscheint.

Der
Kreis-Kalender
für den
Untertaunuskreis
ist erschienen und vorrätig in der
Buchhandlung der
Idsteiner Zeitung.

Öffentliche Bekanntmachung

Steuerveranlagung für das Jahr 1918.
Auf Grund des § 25 des Einkommensteuergesetzes wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagte Steuerpflichtige im Kreise Untertaunus aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 4. Januar bis einschl. 21. Januar 1918 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Auf Verlangen werden die vorgeschriebenen Formulare von heute ab in meinen Geschäftsräumen kostenlos verabfolgt.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten Vormittags 10—12 Uhr in seinem Geschäftszimmer, Kirchstraße 12 entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, hat gemäß § 31 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes neben der im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren endgültig festgestellten Steuer einen Zuschlag von 5 Prozent zu derselben zu entrichten.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben. Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Berücksichtigung gemäß § 71 a. a. O. erwarten, mögen sie im Vorjahr nach einem Einkommen von mehr als 3000 M veranlagt gewesen sein oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist eine die nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinnes aus der Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltende Steuererklärung einreichen.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen werden von heute ab in meinen Geschäftsräumen auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungskommission.
J. V. Weismar.

Zwiebad

Wannen in beschränkter Menge für Kinder von 3—12 Monaten verabfolgt werden. Die Ausgabe geschieht Donnerstags in der Bäckerei Chr. Dietrich Brotkorn 2A und 4A sind Mittwoch nachmittags 2 Uhr im Rathaus zum Umtausch vorzuliegen.

Idstein, den 7. Januar 1918.

Der Magistrat.
Leichtfuß, Bürgermeister.

Anmeldung zur Militärstammrolle für das Jahr 1918.

Gemäß § 25 Abs 1 und 7 der Verordnung werden die 1898, sowie die früher geborenen Militärpflichtigen hiesiger Stadt, über deren Militärverhältnis noch nicht entschieden ist, aufgefordert, sich in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1918 bei uns zur Militärstammrolle anzumelden. Die auswärts geborenen Militärpflichtigen des Jahrganges 1898 müssen bei der Anmeldung Geburtschein und die anderen Militärpflichtigen ihren Musterungsausweis vorlegen.

Idstein, 31. Dezember 1917.

Die Polizeiverwaltung.
Leichtfuß.

Nass. Landeskalendar

Preis 30 Pfg.

altnass. Kalender

eine Mark

empfehlen die

Buchhandlung der
Idsteiner Zeitung.

Bekanntmachung.

Die Aktion von Winter Sportgeräten (Schneeschuh, Rutschschuhen usw.) der Firma H. H. G. wird in nächster Zeit in Idstein durch die Sportvereine zur Aufhebung der Aktion oder Einstellung nicht mehr durchgeführt.

Frankfurt a. M., 4. Januar 1918.

Rg. Eisenbahndirektion.

Valerländischer Frauenverein Idstein.

Vom 1. September bis 31. Dezember 1917 wurden unserem Reservelazarett Genesungshelm Idstein überwiesen:

a) Idstein:

Herr Heinr. Rau 1 Korb Äpfel; Herr Landwirt Wolf 1 Korb Äpfel; Herr Gustav Greuling 1 Korb Äpfel; Herr Heinrich Pfeifer 1 Korb Äpfel; Herr Pfarrer Buscher 1 Korb Tafelobst, 1 Korb Birnen; Herr Kaltwasser 1 Korb Birnen, 1 Korb Äpfel; Herr Simon Goldschmidt 2 Körbe Äpfel; Herr Schlosser Best 2 Körbe Äpfel; Herr Gastwirt Heinrich Klein 1 Eimer Gurken, 1 Korb Roterüben; Herr Bürgermeister Leichtfuß 1 Korb Salat, 1 Korb Gemüse; Frau Hoppe 1 Korb Äpfel, 1 Korb Birnen; Brauerei Metz 1 Sack Äpfel; Herr Friedr. Barthel 1 Korb Äpfel; R. N. 1 Korb Gurken und 4 Körbe Äpfel; R. N. 1 Korb Äpfel; Herr Emil Michel 1 Korb Äpfel; Frau Michel 1 Korb Äpfel; Herr Chr. Victor 3 Körbe Äpfel; Herr August Baum Schulgasse 1 Korb Äpfel; Herr Louis Reichert 1 Korb Äpfel; Herr Louis Michel 1 Korb Äpfel; Frau Chr. Junior Bwe. 1 Korb Äpfel; Frauendant Philipp 1 Kiste Zigarren.

b) Erdfeld:

Von den Schulkindern gesammelt: 6 Ztr. Kartoffeln, 2 Ztr. Weißkraut, 2 Ztr. Äpfel und einige Gläser Latweg.

c) Darsbach:

Von den Schulkindern: 1 Korb und 1 Sack Äpfel; Frau Leutel 1 Korb Gemüse, 1 Korb Gelberüben und Stedrüben, 1 Korb Äpfel; Herr Merkel 1 Korb Äpfel, 1 Sack Gemüse.

d) Ehrenbach:

Aus der Gemeinde: 8 Ztr. Gemüse, 10 Säcke Kartoffeln, 9 Töpfe Marmelade.

e) Helfrich:

Aus der Gemeinde: 4 Ztr. Kartoffeln, 3 Ztr. Gemüse, 2 Ztr. Äpfel, 2 Töpfe Birnenmus, 2 Pfd. Erbsen, 1 Sack Rüben, Salat, Sellerie und Lauch.

f) Kesselbach:

Aus der Gemeinde: 3 Säcke Kartoffeln.

g) Limbach:

Aus der Gemeinde: 1 Ztr. Bohnen, 1 Wagen Gemüse (von den Schulkindern gepflanz).

h) Niederseebach:

Von den Kindern: 1 Ztr. Füllobst.

i) Oberseebach:

Von den Schulkindern: 1 Ztr. Füllobst, 11 Säcke Kartoffeln, 4 Säcke Äpfel, 1 Korb Stedrüben, 7 Körbe Gemüse, 1 Korb Gelberüben, 1 Kürbis.

j) Wallbach:

Aus der Gemeinde: 2 Eimer Brombeeren, 1 Korb Pilze, 4 Säcke Füllobst, 6 Säcke Gemüse, 1 Sack Roterüben, 1 Sack Stedrüben.

k) Wörsdorf:

Von den Schulkindern: 8 Ztr. Äpfel, 1 Korb Kohl, 5 Säcke Kartoffeln.

Auch diesmal möchten wir unseren Rechenschaftsbericht schließen mit dem Ausdruck des herzlichsten Dankes an alle unsere Gönner und Freunde in Stadt und Land. Gleichzeitig verbinden wir damit die bringende Bitte, unserer franken und verwundeten Kämpfer auch weiterhin freundlich gedenken zu wollen. Auch an dieser Stelle betonen wir wiederholt, daß alle Zuwendungen ausschließlich unseren Feldgrauen zugute kommen.

Der Vorstand:

J. A.: Direktor Schwentl, Schriftführer.

Statt Karten.

Gustel Schmidt

Wilhelm Götz,

3 Zt. beurlaubt aus dem Felde

Verlobte.

Idstein, Januar 1918

Abfallholz

ist feinstes und wasserweiches Holz, welches in Idstein
Heinrich Kappus & Co.

Grundbesitz od. Geschäft

wie Wohn- od. Geschäftshaus etc. mit Land od. Geschäft zu Invalidenposten bei hoh. Anz. gesucht.
Carl Sandt, Neubrandenburg, Morgenlandstr. 38.

Fräulein,

Schreibgewandt, mit Kenntnissen in der Buchhaltung, für sofort gesucht.

Ludwig Götz, Buchrevisor,
Niederhausen i. T.

Eine hochträchtige

Kuh



zu verkaufen. Gustav Hohl Zr. Walsdorf.

Eine größere oder zwei kleinere

Wohnungen

zum 1. April zu vermieten. Rah. i. Berl. d. Idst. Sta.

Vorschub-Verein zu Idstein

o. G. m. B. H.

Erledigung sämtlicher bankmäßigen Geschäfte. Eröffnung von Crediten in laufender Rechnung zur Zeit 5% Zinsen gegen Bürgschaft oder sonstige Sicherheiten.

Gewährung von Vorschüssen gegen Abzahlung (5% jährlich) zu 4 1/2% Zinsen gegen Bürgschaft oder sonstige Sicherheiten.

An- und Verkauf von Wertpapieren. Aufbewahrung von Wertpapieren und Verlosungskontrolle.

Eintlösung von Coupons und Sorten. Einzug von Schecks und Wechseln.

Annahme von Spareinlagen zu 3 1/2% Zinsen vom Tage der Einzahlung an bis zum Auszahlungstermine.

Ausgabe von Heimsparlaffen. Darlehen gegen Schuldschein mit 6monatl. Kündigung 3 1/2%, mit 12monatl. Kündigung 4%.

Eröffnung von Scheck-Conten zur Zt. 3% Zinsen. Beleihung von Gütern und Vermietung von Schrankfächern unter Mitverschluß des Mieters in unserm feuer- und diebesicheren Gemölde (pro Jahr M 6.—)

Geschäftsstunden:

Vormittags von 8—12 Uhr

Nachmittags „ 2—3

Donnerstag Nachmittags geschlossen.

Spart Papier!

„Concordia“

Kölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

Cöln. Errichtet 1853.

Versicherungsbestand Ende 1916 — 391 Millionen Mk.

Grundkapital 30 Millionen Mark.

Steuerermäßigung

Lebensversicherungsbeiträge sind vom steuerpflichtigen Einkommen abzuziehen.

Außerst günstige Kriegsversicherung!

Auskunft durch: L. Schuster, Generalvertreter, Wiesbaden, Rheinstr. 50, A. Junior, Idstein, Welherwiese 32.